

## **D1 Dringlichkeitsantrag Landesparteitag 17./18. März 2018**

Einreichende: Peter Engert, Dagmar Enkelmann, Kristina Geisler, Martin Günther, Daniel Herzog, Ringo Jünigk, Paul Kurzke, Peter Mattigk, Sebastian Meskes, Harald Petzold, Stefanie Rose, Enrico Rossius, Paul Schmudlach, Felix Thier, Fritz Viertel, Christopher Voß, Maud Wiegand-Kaufmann

Unterstützende: Tobias Bank, Mario Hausmann, Sven Kindervater, Alexander Klotzovski, Jörg Schönberg, Thomas Schwanke-Lück, Stephan Wende

### **Kommunalpolitiker\*innen in die Positionsbestimmung der Landtagsfraktion einbeziehen**

1686 Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, im Rahmen der parlamentarischen  
1687 Beratungen zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung der  
1688 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (LT-Drucksache 6/7796) interessierte  
1689 Mitglieder und Unterstützer\*innen der Landespartei – insbesondere aktive  
1690 Kommunalpolitiker\*innen – in die Positionsbestimmung der Fraktion einzubeziehen, die  
1691 Anregungen aus deren kommunalpolitischer Praxis aufzunehmen und diese in die  
1692 Verhandlungen mit der Koalitionspartnerin sowie der Ausschüsse einzuspeisen.

1693

#### **1694 Begründung:**

1695 Der Ursprung dieses Gesetzentwurfes liegt erklärtermaßen schon weit zurück, nämlich in den  
1696 Überlegungen zur Anpassung der Kommunalverfassung (BbgKVerf) im Zusammenhang mit der  
1697 Kreisreform. Es wurde bereits frühzeitig in der innerparteilichen Diskussion dazu darauf  
1698 hingewiesen, dass eine grundsätzliche Diskussion über aus der linken kommunalpolitischen  
1699 Praxis resultierende Anpassungsbedarfe der BbgKVerf sinnvoll und geboten erscheint. Dies hat  
1700 sich mit der Absage der Kreisform und der Ankündigung des sogenannten  
1701 „Demokratiepaketes“ nicht geändert. Bisher ist jedoch leider kein breiterer Austausch  
1702 zwischen der Landtagsfraktion und aktiven Kommunalpolitiker\*innen zur Überarbeitung der  
1703 BbgKVerf zustande gekommen. Dies scheint nun umso wichtiger, als die SPD offenbar kaum  
1704 eigene inhaltliche Positionen zum o. g. Gesetzentwurf beizusteuern willens und/oder in der  
1705 Lage ist. Es wäre ein Fehler, die aktuelle Novellierung nicht dazu zu nutzen, weitere  
1706 Veränderungsbedarfe der BbgKVerf wenigstens gemeinsam zu diskutieren und dabei die  
1707 umfassenden praktischen Erfahrungen linker Kommunalpolitik in Brandenburg zu mobilisieren.  
1708 Der vorliegende Antrag zielt deshalb darauf ab, die Landtagsfraktion zu einem solchen  
1709 Austausch noch vor Abschluss des laufenden Gesetzgebungsverfahrens aufzufordern und  
1710 dadurch auch gegenüber der SPD mit einem gestärkten Verhandlungsmandat auszustatten.